

START FÜR NATIONALES GEMEINSCHAFTSPROJEKT

## Die Zukunft hat begonnen

Deutschland baut seine Vorreiterrolle als Markt für Erneuerbare Energien aus. Der Deutsche Bundestag besiegelte am Donnerstag die Beschleunigung des Umstiegs auf die Nutzung regenerativer Energieträger mit breiter Mehrheit. Ihre Marktfähigkeit soll gezielt forciert werden. Die letzten Kernkraftwerke sollen hierzulande, so wurde es nun festgeschrieben, im Jahr 2022 vom Netz gehen. Sieben Kraftwerke werden somit früher abgeschaltet als im Jahr 2000 von der rot-grünen Regierung angestrebt.

Im Unterschied zum sogenannten Atomausstieg der Regierung Schröder lässt der neue Beschluss des Deutschen Bundestages außerdem keine Übertragung von Reststrommengen zu. Die christlich-liberale Koalition definierte vielmehr für jedes einzelne Kraftwerk ein festgelegtes Abschaltdatum. Ein wichtiges Signal an Investoren: Sie können somit verlässlich kalkulieren, wann wo wie viel Strom aus regenerativen Energien benötigt werden wird. Damit legt die unionsgeführte Bundesregierung ein wichtiges Fundament für einen sich selbst tragenden, wirtschaftlichen Umstieg auf neue Energieträger.

### Wer in Erneuerbare investiert, kann sich verlassen

In dieselbe Richtung zielt das Netzausbaubeschleunigungsgesetz. Es soll die Planungs- und Bauzeiten für neue Stromtrassen halbieren. Bisher dauerte der Bau einer neuen Leitung aufgrund der hohen Regulierungsdichte rund acht bis zehn Jahre. In der Plenardebatte vor der Abstimmung über die Gesetzesentwürfe wurde deutlich, wie schwer den Grünen ein klares Bekenntnis zum Ausbau der für den Umstieg notwendigen Infrastruktur fällt. Im sogenannten Atomausstieg hatte Rot-Grün keine vergleichbaren Vorbereitungen getroffen. Gleichzeitig traf die christlich-liberale Koalition Vorsorge für die energieintensive Industrie. Hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland hängen davon ab, dass Strom jederzeit und zu bezahlbaren Preisen verfügbar ist. Daher ebnete die unionsgeführte Regierung den Weg zu einer Ausgleichsregelung für die betroffenen Betriebe.

### „Der Umstieg geht jeden an, alle werden dabei gebraucht“

Redner von Union und FDP betonten den Gemeinschaftscharakter des Umstiegsprojekts. „Wer den Ausstieg will, muss beim Umstieg mitmachen und darf Notwendiges nicht blockieren. Der Umstieg geht jeden an, alle werden dabei gebraucht“, betonte Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. In diesem Sinne hatte sich Frau Hasselfeldt erfolgreich dafür eingesetzt, dass es künftig regelmäßige Fortschrittsberichte über den Umstieg geben wird. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen auf diese Weise jährlich darüber informiert werden, wie viel des Weges in die energiepolitische Zukunft jeweils zurückgelegt sein wird.

ARBEITSMARKT PROFITIERT VOM AUFSCHWUNG

## Beschäftigung auf Rekordniveau

Historische Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Im Juni waren erneut mehr Menschen erwerbstätig als einen Monat zuvor, die Arbeitslosenquote sank auf ein Rekordtief. Ein Ende des Trends ist nicht absehbar – die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt vielmehr weiter an.

### Deutlich mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse

Im vergangenen Monat gab es eine Viertelmillion Erwerbslose weniger als ein Jahr zuvor. Das gab die Bundesagentur für Arbeit (BA) am Donnerstag in Nürnberg bekannt. Gleichzeitig nahm die Erwerbstätigkeit weiter zu. Allein die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter stieg zuletzt um 47.000 an. Damit erzielt Deutschland auch im internationalen Vergleich ein Spitzenergebnis. Während die Erwerbstätigenquote in der Europäischen Union 2010 auf durchschnittlich 68,6 Prozent gesunken war, gehen hierzulande 74,9 Prozent der arbeitsfähigen Menschen einer Beschäftigung nach.

### Bayern einsame Spitze: Erwerbslosenquote bei 3,5 Prozent

Besonders erfreulich stellt sich die Entwicklung in Bayern dar: Dort sind nur noch 235.000 Menschen ohne Arbeit. Die Erwerbslosenquote sank auf 3,5 Prozent – ein Wert, der Nahe an der Grenze zur Vollbeschäftigung liegt. Der Leiter der bayerischen Arbeitsagenturen, Ralf Holtzwardt, stellte am Donnerstag fest: „Das ist der niedrigste Wert, der jemals für ein Bundesland auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen ermittelt wurde.“ In allen bayerischen Regierungsbezirken liegt die Arbeitslosenquote deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Doch auch der gesamtdeutsche Wert kann sich sehen lassen: Die bundesweite Erwerbslosenquote sank auf 6,9 Prozent. Seit 20 Jahren – und somit seit der Zeit der Wiedervereinigung – lag dieser Wert nicht mehr niedriger.

### Nachfrage nach Arbeitskräften auf historischem Höchststand

Auch in den kommenden Monaten ist mit einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen: Die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg nach Angaben der BA sogar auf einen Rekordwert. Der Wert des entsprechenden Index nahm im Juni von 165 auf 168 Punkte zu. Ein solches Niveau hatte der Index seit seiner Einführung im Jahr 2004 noch nie erreicht. Aktuell seien viele Unternehmen auf der Suche nach neuen Mitarbeitern, um ihre hohen Auftragsbestände abarbeiten zu können, so die BA.